

SVP rechnet mit «Extremwerten»



128 oder 62 Franken mehr pro Jahr für Treibstoff? SVP und Bund widersprechen sich.

Foto: Valérie Chételat

KLIMASCHUTZ Die Umsetzung des neuen CO₂-Gesetzes werde einen vierköpfigen Haushalt pro Jahr 1400 Franken kosten, sagt die SVP. Das Bundesamt für Umwelt widerspricht.

Die SVP rechnet einmal mehr vor, was die Umsetzung einer umweltpolitisch bedeutsamen Vorlage die Bevölkerung kostet. Hat sie dies letztes Jahr bei der Energiestrategie 2050 getan, zückt sie ihren Taschenrechner nun beim CO₂-Gesetz – dem Instrument zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. 1400 Franken mehr pro Jahr, warnt die Partei, müsse ein vierköpfiger Haushalt in Zukunft zahlen, sollte das CO₂-Gesetz für die Periode 2021 bis 2030 so durchkommen, wie es die nationalrätliche Umweltkommission verabschiedet habe.

Das SVP-Generalsekretariat schlüsselt auf Anfrage auf, wie die Partei auf diesen «konservativ gerechneten» Betrag kommt. Bei Brennstoffen wie Öl und Gas veranschlagt die Partei den geplanten maximalen Aufschlag der CO₂-Abgabe von heute 120 auf 210 Franken pro Tonne, umgerechnet also ein Plus von

27,5 Rappen pro Liter. Bei einem jährlichen Verbrauch von 3000 Litern, den die Partei annimmt, ergibt das 825 Franken.

Dazu kommt die geplante Verteuerung von Benzin und Diesel um 8 Rappen pro Liter, die der Nationalrat gestern gutgeheissen hat. Die SVP geht von einem Verbrauch von 1600 Litern Treibstoff pro Jahr aus, was Mehrausgaben von 128 Franken zur Folge hätte. Schliesslich rechnet die SVP mit teureren Konsumgütern, weil höhere Klimaabgaben den Preis für die Produktion nach oben treiben würden. Kostenpunkt: plus 456 Franken. Macht unter dem Strich die erwähnten rund 1400 Franken.

Geld wird teils rückerstattet

Die SVP-Rechnung provoziert Widerspruch in der Bundesverwaltung. «Die SVP hat überall Extremwerte genommen», sagt Andrea Burkhardt, Chefin der Abteilung Klima im Bundesamt für Umwelt (Bafu). Der Wert von 3000 Litern gilt gemäss Bafu nur für jene alten Häuser als repräsentativ, die vor 1990 gebaut und nie saniert wurden und mit Öl beheizt werden – also 45 Prozent des Gebäudeparks.

Un erwähnt lässt die SVP zudem: Bei der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe handelt es sich um eine Lenkungsabgabe, die grösstenteils wieder an die Bevölkerung und Firmen rückverteilt wird. Sparsame werden so belohnt, da sie mehr Geld zurück erhalten, als sie an Abgaben entrichten. Verschwender zahlen mehr. Dieser Anreiz soll helfen, den Verbrauch von Öl und Gas zu drosseln.

Aktuell beträgt die Rückerstattung durchschnittlich 77 Franken pro Person, was bei einem vierköpfigen Haushalt also rund 300 Franken ergibt. Dieser Betrag wird künftig steigen, weil mit der geplanten Erhöhung der CO₂-Abgabe mehr Geld für die Rückverteilung bereitstehen wird. Dies umso mehr, als Bevölkerung und Firmen bislang nur zwei Drittel der Einnahmen aus der CO₂-Lenkungsabgabe zurückerstattet erhalten.

Ein Drittel geht ins Gebäudeprogramm, mit dem der Bund energetische Sanierungen unterstützt. Doch diese Teilzweckbindung soll nach den Plänen des Bundesrats 2025 wegfallen, womit die Lenkungsabgabe – abgesehen von den Verwaltungskos-

ten – künftig vollumfänglich an die Bevölkerung und Firmen zurückerfliessen wird.

Wie die SVP auf die erhöhten Konsumkosten kommt, kann Bafu-Expertin Burkhardt nicht nachvollziehen. Und bei den Treibstoffen relativiert sie: Ein Auto in der Schweiz verbraucht heute im Schnitt 5,8 Liter pro 100 Kilometer. Macht bei den durchschnittlich 13400 Fahrkilometern pro Jahr 777 Liter. Steigt der Literpreis um 8 Rappen, wird es unter dem Strich 62 Franken teurer; das ist nur halb so viel wie in der SVP-Rechnung.

SVP hält an Darstellung fest

Kommt dazu: Anders als bei den Brennstoffen unterliegen die Treibstoffe nicht einer Lenkungsabgabe, die sparsames Verhalten belohnt. Bislang sind alle politischen Versuche, dies zu ändern, gescheitert – unter anderem am Widerstand der SVP.

Die SVP sieht keinen Grund, ihre Darstellung zu korrigieren, weil «solche Berechnungen stets auf Annahmen beruhen und es sich um Mischrechnungen handelt». Bereits bei ihrem Kampf gegen die Energiestrategie 2050,

den sie an der Urne verlor, beharrte sie auf ihren Zahlen. Damals prognostizierte die Partei jährlich Mehrkosten von 3200 Franken für einen Haushalt; der Bund sprach von 40 Franken. Die Differenz erklärte sich so: Die SVP vermischte das erste Massnahmenpaket, welches zur Abstimmung kam, mit dem zweiten, das die Räte damals gar noch nicht behandelt hatten – und später versenkten.

Stefan Häne

TICKETS OHNE ABGABE

Der Nationalrat will **keine CO₂-Abgabe auf Flugtickets einführen**. Das hat er am Montag bei den Beratungen zum CO₂-Gesetz beschlossen. Die Flugticketabgabe lehnte der Rat mit 93 zu 88 Stimmen bei 8 Enthaltungen ab. Er folgte damit der Mehrheit seiner Kommission und dem Bundesrat. Gegen eine Abgabe hatten sich die SVP und die FDP gestellt. Sie befanden, das Fliegen dürfe nicht zu einem Privileg für Reiche werden. Die Befürworter hingegen argumentierten, der Flugverkehr dürfe nicht verschont werden. *sda*

Bundesrat setzt auf Transparenz

REGULIERUNG Der Bundesrat setzt auf Transparenz, um die Regulierungsflut zu bekämpfen, wie er in der Antwort auf ein Postulat von Ständerat Andrea Caroni (FDP, AR) schreibt. Der Bundesrat legt in einem Bericht drei Varianten für eine Regulierungsbremse dar: quantitative Eindämmung, strengere Regeln bei der Gesetzgebung und erhöhte Transparenz. Ersteres ist das Prinzip «one in, one out». Dabei entfällt eine Regulierung, wenn eine neue geschaffen wird. Das sieht der Bundesrat als zu unflexibel an. Auch dem Vorschlag, bei einer gewissen Kostenschwelle müsste eine qualifizierte Ratsmehrheit einer neuen Regulation zustimmen, kann er wenig abgewinnen. Für aussichtsreich hält er die Transparenz. Dabei sollen verbesserte Abschätzungen der Regulierungsfolgekosten erzielt werden. *sda*

In Kürze

KATHOLIKEN

Veränderungen gefordert

Die Katholische Synode des Kantons Thurgau verlangt in einer Resolution externe Untersuchungskommissionen zu den Missbrauchsfällen, die Aufhebung des Pflichtzölibats und die Ordination von Frauen. Adressat der Resolution ist die Versammlung der Präsidenten der Bischöflichen Konferenzen, die Ende Februar in Rom tagen wird. Auslöser seien die Schreckensbotschaften über Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche, heisst es im Text der Resolution. Es brauche dringend Veränderungen. *sda*

JUSTIZ

Flüchtlingshelferin verurteilt

Die Flüchtlingshelferin und Menschenrechtsaktivistin Anni Lanz muss eine Busse von 800 Franken und Verfahrenskosten von insgesamt 1400 Franken zahlen. Das Bezirksgericht Brig befand Lanz der Förderung der illegalen Einreise für schuldig. Das Gericht beurteilte den Fall als leicht. Es hielt fest, dass der Schlepperartikel im Ausländergesetz auch für Einzelnegelte, die einmalig und aus achtenswerten Gründen einem Ausländer ohne Aufenthaltsrecht die Einreise erleichtern. *sda*

Parlament will Kantonen weiterhin freie Hand lassen

WAHLVERFAHREN Das Parlament will den Kantonen freie Hand lassen beim Wahlverfahren für ihre Behörden.

Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat gegen Einschränkungen bei den Wahlverfahren ausgesprochen. Damit stellt sich der Rat zum zweiten Mal dem Willen seiner vorbereitenden Kommission entgegen. Diese hatte zunächst gar nicht auf die Vorlage eintreten wollen. In der vergangenen Herbstsession wurde sie jedoch vom Nationalrat überstimmt.

Die Kommission empfahl ihrem Rat nun am Montag, den Satz aus der Vorlage zu streichen,

wonach die Kantone in der Festlegung der Wahlkreise und spezieller Wahlrechtsregelungen frei sind. Die Kantone sollen aber frei sein in der Ausgestaltung des Verfahrens nach dem Grundsatz des Majorzes, des Proporz oder einem Mischsystem. Der Vorschlag sei ein Kompromiss zwischen dem Anspruch nach Rechts- und Stimmgleichheit und der Souveränität der Kantone, argumentierte Cédric Wermuth (SP/AG) im Namen der Kommission. Damit werde die bis anhin geltende Rechtsauslegung des Bundesgerichts übernommen. Das lehnte eine Minderheit in der Kommission ab. Die Festlegung der Wahlkreise sei einer der

wesentlichen Pfeiler des Föderalismus, betonte Gerhard Pfister (CVP/ZG). Die Souveränität der Kantone dürfe in dieser Frage nicht angetastet werden.

Eine Folge der Urteile

Der Nationalrat folgte dieser Argumentation und lehnte die Einschränkung mit 104 zu 83 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. Damit ist das Geschäft bereit für die Schlussabstimmung. Nimmt es auch diese Hürde, wird das Volk das letzte Wort haben, weil es sich um eine Verfassungsänderung handelt.

Die Änderung geht auf Ständesinitiativen der Kantone Zug und Uri zurück. *sda*

Mehr als eine halbe Million Unternehmen in der Schweiz

STATISTIK Rund 83 Prozent der Unternehmen in der Schweiz sind ein Jahr nach ihrer Gründung noch aktiv. Nach drei Jahren sinkt diese Zahl auf rund 62 Prozent.

Die Ein-Jahres-Überlebensrate der 2013 neu gegründeten Unternehmen betrug 83,9 Prozent, für die aus 2014 82,1 Prozent und jene aus dem Jahr 2015 83,0 Prozent. Die Werte nach zwei Jahren sinken auf 70,9 Prozent (gegründet 2013) bzw. 68,7 Prozent (2014). Von den im Jahr 2013 gegründeten Unternehmen waren 61,7 Prozent auch nach drei Jahren noch aktiv. Das ist das Ergebnis einer Studie des Bundesamtes

für Statistik (BFS) zur Unternehmensdemografie für den Zeitraum 2013 bis 2016. Besonders hoch war demnach die Überlebensrate in der Branche Gesundheits- und Sozialwesen, ein-Personen-Firmen haben statistisch gesehen eine geringere Überlebenschance.

Laut der Statistik wurden im Jahr 2016 in der Schweiz 39 125 Unternehmen neu gegründet, was gegenüber 2015 einem Rückgang von 401 Einheiten entspricht (-1,0 Prozent).

Insgesamt übten 550 585 Unternehmen eine wirtschaftliche Tätigkeit aus, mit rund 4,3 Millionen Arbeitsplätzen. Davon waren 83 Prozent der Unterneh-

men im Tertiärsektor tätig, aber nur rund 75 Prozent der Beschäftigten.

Industrie in Führung

Die meisten Unternehmen werden in den Wirtschaftszweigen Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen (18 Prozent), Handel und Reparaturen (14 Prozent) sowie Gesundheits- und Sozialwesen (12 Prozent) gezählt.

Bei der Zahl der Beschäftigten führt Industrie und Energie die Rangliste mit 17 Prozent an, gefolgt von Handel und Reparaturen (16 Prozent) und an dritter Stelle das Gesundheits- und Sozialwesen (13 Prozent). *sda*